

Datenschutzhinweise nach Artikel 13 und Artikel 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) im Zusammenhang mit Auskünften und der Verarbeitung durch verschiedene Dienststellen der Stadt Schweinfurt

Zweck/Aufgabe: Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten durch die Stadt Schweinfurt

1. Wer ist für die Datenerhebung verantwortlich?

Verantwortlich für die Verarbeitung ist die

Stadt Schweinfurt
Der Oberbürgermeister
Markt 1, 97421 Schweinfurt
Telefon: 09721 51 -0
E-Mail: stadt@schweinfurt.de

Verarbeitende Stelle innerhalb der Stadt Schweinfurt ist die für den Verwaltungsvollzug zuständige Dienststelle (z.B. Amt für öffentliche Ordnung, Amt für Sport und Schulen, Stadtjugendamt, etc.).

2. Wer ist der zuständige Datenschutzbeauftragte?

Stadt Schweinfurt
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Markt 1, 97421 Schweinfurt
Telefon: 09721 51 - 2643
E-Mail: datenschutz@schweinfurt.de

3. Wofür werden Ihre Daten erhoben und verarbeitet? Was ist die Rechtsgrundlage?

Welche personenbezogenen Daten im Einzelnen verarbeitet werden und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach der Art der öffentlichen Aufgabe, z.B.

- wenn die Anhörung zum Bußgeldverfahren durchgeführt wird
- wenn die Anzeigen eingegeben und geprüft werden
- wenn Bußgeldbescheide erlassen werden

Straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen, etwa nach der Straßenverkehrsordnung; Anordnungen, Auflagen, Verbote, Untersagungen, Stilllegungen, Entziehungen u. ä. nach den jeweiligen Spezialgesetzen (etwa Waffengesetz, Versammlungsgesetz, Pass- und Personalausweisgesetz, Bundesimmisionsschutzgesetz, Bayerisches Gesetz über Erziehungs- und Unterrichtswesen, Gaststättengesetz oder der Gewerbeordnung)

Ihre Daten unterliegen der Zweckbindung und werden auf Grundlage von Art. 4 BayDSG, Art. 6 Absatz 1 lit. e) DSGVO in Verbindung mit einem Fachgesetz bzw. Ortssatzung, dem Verwaltungsverfahrensgesetz und dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) verarbeitet.

4. Wo erheben wir Ihre Daten?

Sofern wir Ihre Daten nicht von Ihnen selbst erhalten haben, erheben wir Ihre Daten, nur soweit im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich, bei folgenden Stellen:

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir von Ihnen, der Polizei, dem Kraftfahrtbundesamt, anderen Behörden oder Privatpersonen (Anzeigenerstatter, Zeugen) erhalten haben.

5. Welche Daten werden erhoben und verarbeitet?

Wir verarbeiten soweit im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich folgende personenbezogene Daten von Ihnen:

Es können sich dabei insbesondere um Daten

- zu Ihrer Person, Ihres Kindes, Ihres Gewerbes, Ihres Grundstücks oder Ihres Fahrzeugs;
- um sogenannte Stamm- und Kommunikationsdaten und
- um Zahlungsdaten

handeln.

6. An welche Stellen werden Ihre Daten weitergegeben?

Ihre personenbezogenen Daten werden nur soweit im Einzelfall zur Aufgabenerledigung erforderlich weitergeben an:

Es erhalten nur diejenigen Personen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen Pflichten brauchen. Die Weitergabe an Dritte erfolgt nur im gesetzlichen Rahmen (u.a. Gerichte, Staatsanwaltschaften). Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt.

7. Wie lange werden Ihre Daten bei uns gespeichert?

Wir speichern die Daten entsprechend der gesetzlichen Vorgaben.

Ihre persönlichen Daten werden nur solange verarbeitet und gespeichert wie es für die Erfüllung der entsprechenden Aufgabe erforderlich ist. Die konkrete Speicherdauer ist abhängig von dem Zweck der Datenverarbeitung sowie von verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten und den gesetzlichen Verjährungsfristen.

8. Welche Rechte haben Sie?

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, stehen Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine Erklärung eingewilligt haben können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird durch diese nicht berührt.

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Jede Betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden. Die Aufsichtsbehörde für den öffentlichen Bereich in Bayern ist:

Der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz
Wagmüllerstraße 18
80538 München
Tel.: 089 21 26 72-0
E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de

9. Habe ich eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten erforderlich. Die Nichtbereitstellung stellt eine Ordnungswidrigkeit nach § 111 OWiG dar.

Hinweis:

Die Inhalte dieses Dokuments spiegeln den jetzigen Kenntnisstand wider und werden regelmäßig aktualisiert.